



CDU

CDU-FRAKTION
IM RAT DER STADT DORSTEN

HAUSHALTSREDE 2010

**Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dorsten
Bernd-Josef Schwane zur Verabschiedung des Haushaltes 2010
am 02. Juni 2010**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: 2. Juni 2010 – 16 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

dies ist die 6. Haushaltsrede, die ich für die CDU-Fraktion in diesem Haus halten darf.

Ich muss Ihnen gestehen, dass ich mich noch niemals so schwer getan habe, eine Rede in diesem hohen Hause vorzutragen. Dies hängt weniger damit zusammen, dass die CDU-Fraktion keine Ideen mehr hätte, wie die Entwicklung unserer Stadt in Zukunft nach unseren Vorstellungen aussehen soll. Dieses Unwohlsein resultiert vielmehr aus der Gewissheit, dass nun das eintreten wird, wovor der Bürgermeister, der Kämmerer aber auch die Verantwortlichen in den Fraktionen in den Jahren zuvor gewarnt haben: Die Stadt Dorsten wird innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung in die finanzielle Überschuldung geraten. Zwar befindet sich unsere Stadt hier in „guter Gesellschaft“, können nämlich von 360 Kommunen in Nordrhein-Westfalen lediglich noch 35 einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen. Diese Tatsache hilft uns allerdings nicht weiter. Insoweit müssen wir uns mit diesem Faktum abfinden.

Nun könnte man natürlich sagen: Was stört uns dieses? Bislang ist es auch in den letzten 6 Jahren, in denen die Überschuldung ein immer größeres und beängstigenderes Ausmaß annahm, irgendwie weiter gegangen.

Meine Damen und Herren,

wir haben heute einen Punkt erreicht, der letztendlich dazu führen wird, dass sich ab diesem Jahr Strukturen in unserer Stadt nachhaltig verändern werden und - ich sage es ganz deutlich - nachhaltig verändern müssen. Wir stehen an einem Scheideweg.

Zwar haben viele Experten geglaubt, dass sich mit der Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements, NKF, die Finanzlage der Städte zwar nicht unbedingt verbessern lassen würde, sich aber auf der anderen Seite durch Einführung dieses Systems neue Möglichkeiten zur Finanzgestaltung bieten würden. Dieses war m. E. ein Trugschluss. Vielmehr ist gerade durch dieses System die totale Überschuldung der Kommune wie unter einem Brennglas deutlich geworden.

Nun könnte man natürlich an dieser Stelle beklagen, woran das lag: Etwa an den Kosten der Deutschen Einheit, am Wachstumsbeschleunigungsgesetz, an der Überbürdung der Sozialausgaben seitens des Bundes auf die Kommunen usw., usw. ...

Auch könnte ich hier politische Schuldzuweisungen vornehmen im Hinblick auf die vor Jahren eingeführte Steuerreform, Sie wissen, was ich meine. Die alles entscheidende Frage an dieser Stelle ist allerdings, ob es weiter hilft, sich gegenseitig mit Schuldzuweisungen zu überziehen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen – und wir wissen es alle –, dass uns dieses eben nicht weiter hilft. Was in beschränktem Umfang allerdings zielführend ist, ist der Versuch, einen klaren Blick auf die Realitäten zu gewinnen, um alsdann gemeinsam zu versuchen, in etwa noch gewisse Handlungsspielräume für unser Gemeinwesen zu erhalten. Denn dieses ist ja die große Tragik der kommunalen Selbstverwaltung, dass vor Ort, also in unserer Stadt, durch die extreme Überschuldung letztendlich unser Gestaltungsspielraum als Rat gegen Null tendiert. Wir können auf gewisse Problemstellungen in der Stadt nicht mehr gezielt und angemessen reagieren. Das ist umso schlimmer und bedauerlicher, weil die Stadt als Basis der Demokratie anzusehen ist. Hier wohnen, leben und arbeiten die Menschen. Hier möchten sich Menschen am gesellschaftlichen Leben beteiligen. Ein Wunsch, der nachvollziehbar ist, der sich allerdings aufgrund der mangelnden Finanzausstattung der Stadt Dorsten immer weniger umsetzen lässt.

Also, was ist zu tun?

Viele politische Verantwortliche setzen große Hoffnungen auf die Klage vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster in der Hoffnung, dass die Verfassungsrichter die Ausstattung der Kommunen finanziell verbessern werden.

Ich warne allerdings vor übertriebenen Hoffnungen:

Fest steht, dass sowohl Bund wie auch Land ähnliche Defizite aufweisen wie wir als Kommune. Denken Sie in diesem Zusammenhang an die Milliardenaufwendungen zur Stützung des Euro oder gewisser Banken. Dieses ist in Münster bekannt. Entsprechend wird natürlich das Urteil nach meiner Einschätzung ausfallen. Im Übrigen glaube ich nicht, dass die anderen Kommunen, die zusammen mit uns die Klage führen, dermaßen vorbildlich gespart haben, wie wir dieses als Rat in den letzten Jahren getan haben. Allein von daher beurteile ich die Erfolgsaussichten der Klage skeptisch.

Und ich sage noch eins: Auch werden sich die kommunalen Finanzen durch die neue Regierungskonstellation in Düsseldorf, wie sie auch letztendlich aussehen mag, kurzfristig nicht positiver darstellen lassen, auch wenn dies von der SPD im Wahlkampf den Bürgern so dargestellt wurde. Auf der anderen Seite verlangt die Kommunalaufsicht von uns weitere harte und rigide Sparmaßnahmen. Folgerichtig hat die Verwaltung ihre Hausaufgaben gemacht und eine entsprechende Liste vorgelegt, ich bezeichne sie als „Giftliste“. Sie weist Möglichkeiten auf, wo man noch sparen kann. Einzelheiten müssen noch von uns diskutiert werden.

Nun, könnte man sich natürlich auf den Standpunkt stellen: Wir haben schon so viele Opfer hier in Dorsten gebracht. Die Stadt ist trotz allem handlungsunfähig, also verweigern wir uns weiteren Sparmaßnahmen. Ich habe in diesem Zusammenhang vor Monaten den Begriff vom „kollektiven Ungehorsam“ geprägt. Bei einer rationalen und kühlen Betrachtungsweise, und die ist hier sicher angebracht, muss ich allerdings feststellen, dass dieser Ansatz uns letztendlich auch nicht weiter helfen würde. Wir, die wir Verantwortung für diese Stadt tragen, wissen, dass die Kommunalaufsicht weitere Maßnahmen von uns verlangt, um zukünftige Kreditwünsche zu genehmigen. Hiermit sind wir in den letzten Jahren gut gefahren. Genießt die Stadt Dorsten bekanntermaßen bei der Kommunalaufsicht doch einen sehr guten Ruf, anders als andere Kommunen im Kreis Recklinghausen.

Natürlich ist eine Entschuldung der Stadt Dorsten aus eigener Kraft unmöglich, das wissen wir. Dennoch ist für die CDU klar, dass wir in Zukunft auf Hilfe von außen, also vom Land, nur dann hoffen können, wenn wir deutlich zeigen, dass wir durch Einsparungen unseren Teil zur notwendigen Haushaltskonsolidierung beitragen. Hier geht es letztendlich auch um Gerechtigkeit gegenüber der nachwachsenden Generation.

An dieser Stelle kritisiere ich ausdrücklich das Verhalten des Landrates: Dieser hat bei den Sparmaßnahmen des Kreises jede Menge Luftbuchungen vorgenommen. Hiermit ist uns Städten nicht geholfen, allein deshalb schon nicht, weil der Kreis offensichtlich nur in begrenztem Umfang bereit ist, Ausgaben zu reduzieren mit der Folge, dass in 2011 die Kreisumlage in astronomische Höhen schießen wird.

Auch verbieten sich in dieser ernststen Lage populistische Spielchen in der Weise sich als soziales Gewissen aufzuspielen, die belastenden Entscheidungen aber anderen zu überlassen. Also bleibt für uns keine andere Wahl, als weiter zu sparen, und zwar über die Maßen - so, dass es weh tut. Bislang haben wir uns immer wieder bemüht, die Dinge in Dorsten gemeinsam im Fluss zu halten, mit der Folge, dass oft der Bürger von Sparmaßnahmen nicht tangiert wurde. Dieses wird in Zukunft anders sein. Wir müssen den Bürgern auch sagen, was geht und was nicht geht. Diese Verpflichtung haben wir aufgrund unseres Mandates. Warum sind denn die öffentlichen Finanzen insgesamt in Bund, Land und den Kommunen in eine derartige katastrophale Schiefelage geraten? Weil viele Politiker in den letzten Jahren letztendlich nicht den Mut hatten, den Wählern reinen Wein einzuschenken. Dieses muss sich ändern.

Allein deshalb glauben wir, dass die in der o. g. Liste aufgeführten Maßnahmen von uns geprüft werden müssen. Ich betone an dieser Stelle, dass bestimmte Dinge unserer Meinung nach nicht umgesetzt werden sollten. Dies gilt z. B. für Kürzungen im Bereich der Bibliotheken. Insbesondere muss die Nebenstelle in Wulfen nachhaltig gesichert werden. Auch soll die Stelle der Kinderkrankenschwester an der Haldenwang-Schule grundsätzlich erhalten bleiben. Wir dürfen nicht bei diesen Kindern den Rotstift ansetzen!

Auf der anderen Seite sind wir allerdings der Meinung, dass in bestimmten Bereichen Einsparungspotenziale ausgelotet werden müssen. Das gilt z. B. für die Überprüfung sämtlicher Steuerarten. Wir verkennen dabei nicht, dass eine wie auch immer geartete Erhöhung der Gewerbesteuer für die Gewerbebetriebe und damit für die Arbeitsplätze nicht gut ist. Wir verkennen auch nicht, dass eine Erhöhung der Grundsteuern auf sämtliche Bewohner, ob Eigentümer oder Mieter durchschlagen wird. Wir glauben auch, dass die angedachte Kürzung im Bürgerbüro untersucht werden muss, etwa darauf, ob die Personalausstattung analog den Besuchsfrequenzen optimiert ist. Klar ist allerdings auch, dass am Ende hier eine Reduzierung des Standards gegenüber unseren Bürgern stehen könnte.

Ein weiteres Feld ist die Musikschule. Ich betone für meine Fraktion an dieser Stelle, dass hier eine ganz klare Reduzierung des Zuschussbedarfs angestrebt werden muss. Dorsten ist eine Flächenstadt. Es muss untersucht werden, ob nicht mit den örtlichen Musikvereinen und den Jugendorchestern der Blaskapellen eine breite Musikbildung kostengünstiger dargestellt werden kann. Dies gilt auch für die Ausweitung des Gruppenunterrichts. Und ich sage noch eins: Wir müssen prüfen, ob die Gebühren noch angemessen sind. Es kann nicht sein, dass die Gebühren, der Musikschule niedriger sind, als der Durchschnitt der Gebühren oder auch als die Kosten für einen freien Musiklehrer.

Wir glauben auch, dass im Kindergarten- und Schulbereich Prüfungen der Kapazitäten durchgeführt werden müssen. Für uns ist klar, dass aufgrund der geänderten demographischen Entwicklung bei der Kindergartenbedarfsplanung und Schulentwicklungsplanung Anpassungen vorzunehmen sind. Der Schulentwicklungsplan im Hinblick auf die Grundschulen befindet sich zurzeit in der Aufstellung. Wir meinen, dass man dieses nicht nur unter dem Gesichtspunkt von Einsparungen sehen darf. Auf der anderen Seite kann man allerdings auch nicht nur pädagogische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen und die finanziellen Einsparungspotentiale außen vor lassen. Hier bedarf es einer engen Abstimmung mit den Schulleitungen und den Eltern. Ich denke, dass bei einem vernünftig moderierten Prozess Lösungen möglich sein werden.

Ich betone an dieser Stelle für meine Fraktion, dass sich die CDU mit Vehemenz dafür einsetzen wird, in jedem Ortsteil zumindest eine Grundschule zu erhalten. Dieses gilt in erster Linie und vor allen Dingen für die kleinen Schulstandorte Deuten, Altendorf und Östrich. Wir sind auch bereit, hier wegen der Lehrerzuweisungen in einen Konflikt mit der Schulrätin einzutreten.

Darüber hinaus muss man sicherlich über die Schülerspezialverkehre nachdenken. Es handelt sich hierbei um freiwillige Ausgaben, die noch aus einer Zeit stammen, als Geld im Überfluss vorhanden war. Auch hier müssen wir eine kritische Überprüfung durchführen und uns an die Rahmenbedingungen anpassen.

Meine Damen und Herren,

viele Mitbürgerinnen und Mitbürger haben sich an die Verbraucherberatung gewöhnt. Sie stellt sicherlich ein ausgezeichnetes Angebot dar. Auf der anderen Seite ist auch hier zu hinterfragen, ob man nicht durch eine Änderung der Bezuschussung etwa durch interkommunale Zusammenarbeit zum Ziel kommen kann. Auch ist hier ehrenamtliches Engagement zu prüfen.

Stichwort „Interkommunale Zusammenarbeit“: Auch hier ist zu überprüfen, ob die Zusammenarbeit mit Nachbarstädten, wie etwa Haltern am See oder Marl, Einsparungspotenziale möglich sind. Allerdings warne ich davor, diese Zusammenarbeit vorbehaltlos durchzuführen. Wir müssen darauf achten, dass bestimmte Kernbereiche der eigenen Verwaltung in den Händen dieses Rates bleiben.

Meine Damen und Herren,

sicherlich werden wir uns auch Gedanken darüber machen müssen, wie man die Kosten für den Rat und die Ausschüsse weiter senken kann.

Die Überlegungen der Verwaltung gehen ferner auch dahin, die städtischen Gesellschaften, soweit sie Gewinn abwerfen, dazu anzuhalten, diese Beträge in vollem Umfang an die Stadt abzuführen. Insbesondere im Hinblick auf WINDOR möchte ich jedoch davor warnen, dieses zu exzessiv zu tun:

Wir wissen alle, dass WINDOR viele Aufgaben übernommen hat, die die Stadt leisten müsste, aber nicht mehr leisten kann. Insoweit müssen wir uns dort einen gewissen Handlungsspielraum erhalten. Allerdings glauben wir, dass die Reduzierung der jährlichen Personalkostenzuschüsse sinnvoll ist, da die Gesellschaft in den letzten Jahren im Wesentlichen mit positiven Ergebnissen abgeschlossen hat.

Letztendlich bleibt der große Bereich von Atlantis zu besprechen. Hier ist immerhin von einer Verlustabdeckung pro Jahr von 1,3 Mio EUR auszugehen. Ich sage Ihnen an dieser Stelle, dass die CDU-Fraktion alles tun wird, diesen Zuschuss zu senken. Es darf keinerlei Tabus geben. Ich betone, dass es sich in Teilbereichen um freiwillige Leistungen handelt. Wer sagt denn, dass die Stadt Dorsten im Atlantis einen Saunabereich und eine Gastronomie vorhalten muss, wenn sich diese nicht rechnen? Hier muss mit spitzem Bleistift gerechnet werden. Ich glaube, dass Einsparungspotenziale möglich sind.

Meine Damen und Herren,

der Stadtentwicklung ist erhöhtes Augenmaß zu widmen: Bei der Entwicklung der Zechenflächen in Hervest befinden wir uns auf einem guten Weg. Hierbei sind von uns natürlich die Interessen des Harsewinkel zu beachten. Hier an dieser Stelle ist unsere politische Entscheidungskraft gefragt. Ich glaube

allerdings, dass bis zur Rechtskraft des Bebauungsplanes noch etliche hohe Hürden zu nehmen sind. Dieser Bebauungsplan ist sowohl in rechtlicher wie auch in planerischer Hinsicht als sehr anspruchsvoll anzusehen.

Es muss aber auch eine Lösung des Problems „Lippeter“ in Angriff genommen werden. Es hat in den letzten Wochen – wie ich finde – Gespräche gegeben, die Anlass zur Hoffnung geben.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen also, dass meine Fraktion bereit ist, in die Diskussion einzutreten und negative und, wenn es sein muss, bürgerbelastende Entscheidungen mitzutragen. Ich glaube auch, dass wir die Bürger ermuntern müssen, sich weiter persönlich zu engagieren. Das bürgerliche Engagement ist in Dorsten sehr stark ausgeprägt. Ohne dieses Engagement geht es nicht.

Ich will an dieser Stelle auch etwas Positives anmerken: Die Hauptfeuerwache ist vor einigen Wochen in Betrieb gegangen. Damit ist ein Großprojekt in Dorsten erfolgreich abgeschlossen worden. Nicht nur das: Mit einem Betrag von zurzeit 1,4 Mio. EUR sind wir unter den geplanten Kosten geblieben. Ich glaube, dass diese Tatsache und auch die Tatsache der rechtzeitigen Fertigstellung ein Grund ist, dieses als besondere Leistung aller an der Erstellung der Wache Beteiligten hier an dieser Stelle, hier im Rat, zu erwähnen. Stellvertretend hierfür möchte ich die Arbeiten des 1. Beigeordneten Herrn Baumeister und des Leiters der Feuerwehr Herrn Fischer nennen.

Wenn alle Projekte der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik dermaßen professionell gemanagt würden, wäre sicherlich die Finanzlage der Bundesrepublik nicht so angespannt, wie sie im Moment ist.

Meine Damen und Herren,

Theodor Fontane hat einmal gesagt: „Es ist sinnlos zu sagen: Wir tun unser Bestes. Es muss uns gelingen, das zu tun, was erforderlich ist.“ In diesem Sinne, glaube ich, sollten wir heute einen Anfang wagen. Meine Fraktion wird dem von der Verwaltung vorgelegten Haushalt, dem Stellenplan und dem Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2010 zustimmen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für die Arbeit der Verwaltung und der Kämmerei. Auch in diesem Jahr haben sie uns mit dem Zahlenmaterial, was wirklich sehr komplex war, ausgerüstet und umfassend informiert.

Ich danke Ihnen!